

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel Einleitung	27
A. Related Party Transactions im Lichte der bestehenden Corporate Governance-Regelungen	27
B. Gang der Untersuchung	33
2. Kapitel Auslegung europäischer Richtlinien	35
A. Grundsatz	35
B. Auslegung europäischer Richtlinien	36
I. Wortlaut	36
II. Historische Auslegung	37
III. Systematische Auslegung	38
IV. Teleologische Auslegung	38
C. Bedeutung der Erwägungsgründe	39
D. Rechtsvergleichende Auslegung	39
3. Kapitel Änderung der Aktionärsrechterichtlinie	43
A. Anwendungsbereich	43
I. Börsennotierte Unternehmen	44
II. Nahe stehende Unternehmen und Personen	46
1. Konkretisierung des Begriffs	46
2. Stellungnahme	49
III. Geschäfte	51
1. Konkretisierung des Geschäftsbegriffs durch IAS 24	51

a. „Geschäftsbeginn“	51
b. Gleichsetzung von Mutter- und Tochterunternehmen	56
c. Entgeltlichkeit der Geschäfte	57
d. Ergebnis	58
2. Organisationsrechtliche Verträge als Geschäft i.S.v. Art. 9c AktR-RL 2017	58
3. Geschäfte im ordentlichen Geschäftsgang und zu marktüblichen Bedingungen	60
a. Erfasste Geschäfte, insbesondere Wesentlichkeit	61
b. Geschäfte im ordentlichen Geschäftsgang	62
c. Marktübliche Geschäfte	66
d. Anwendbarkeit der Aggregationsregelung	67
e. Kontrolle durch das Verwaltungs-/ Aufsichtsorgan	68
f. Ergebnis	69
4. Stellungnahme	69
IV. Wesentlichkeit des Geschäfts	70
1. Qualitative Kriterien	72
a. Einfluss der Transaktion auf die wirtschaftlichen Entscheidungen der Aktionäre der Gesellschaft	73
b. Risiko für das börsennotierte Unternehmen und die außenstehenden Aktionäre	73
c. Ergebnis	75
2. Quantitative Kriterien	75
a. Unternehmensinteressen	76
b. Auswirkung auf die finanzielle Lage, Einnahmen, Vermögen, Kapitalisierung oder Umsatz der Gesellschaft	78
c. Berücksichtigung der Art der Transaktion und der Stellung der nahe stehenden Partei	80
d. Ergebnis	81

3. Stellungnahme	81
a. Unterschiedliche Wertgrenzen	83
b. Wertgrenzen	84
i. Parameter für die Bestimmung der Wertgrenzen	84
ii. Wertgrenzen	86
c. Ergebnis	87
V. Aggregation	88
1. Konkretisierung	88
2. Stellungnahme	92
VI. Ausnahmetatbestände	93
1. Konzernsachverhalte	94
a. Tochterunternehmen	95
b. 100%-ige Tochterunternehmen	97
c. Keine Beteiligung an dem Tochterunternehmen	98
d. Angemessener Schutz der Interessen	100
2. Ohnehin zustimmungsbedürftige Transaktionen	103
3. Weitere Ausnahmemöglichkeiten	105
4. Stellungnahme	106
a. 100%-ige Tochterunternehmen	107
b. Angemessener Schutz	109
VII. Zusammenfassung	110
B. Bekanntmachungspflicht	112
I. Inhalt der Bekanntmachung	114
1. Art des Näheverhältnis	114
2. Wert der Transaktion	117
3. Datum der Transaktion	119
4. Alle weiteren Informationen, die für die Bewertung der Transaktion erforderlich sind	119
5. Ergebnis	121

II.	Zeitpunkt der Bekanntmachung – Vertragsschluss oder Wirksamwerden?	122
III.	Bekanntmachung bei Tochterunternehmen	123
IV.	Stellungnahme	126
1.	Bekanntmachung	126
2.	Bekanntmachung von Transaktionen zwischen nahe stehendem Unternehmen und Tochterunternehmen	131
3.	Art der Bekanntmachung	132
V.	Zusammenfassung	134
C.	Beifügung eines Bewertungsgutachtens	135
I.	Ersteller des Bewertungsgutachtens	137
1.	Unabhängiger Dritter	138
a.	Sachkunde des Dritten	138
b.	Unabhängigkeit des Dritten	141
c.	Ergebnis	142
2.	Verwaltungs- oder Aufsichtsrat des börsennotierten Unternehmens	142
3.	Prüfungsausschuss/Ausschuss unabhängiger Mitglieder	143
4.	Ergebnis	144
II.	Inhalt des Bewertungsgutachtens	145
1.	Angemessenheit	145
2.	Bewertungsmethoden	147
III.	Zeitpunkt/Art der Bekanntmachung	148
IV.	Stellungnahme	148
1.	Verpflichtend zu erststellendes Bewertungsgutachten?	149
2.	Zuständigkeit	151
3.	Ergebnis	152
V.	Zusammenfassung	152
D.	Zustimmungsvorbehalt	153
I.	Stimmverbot	155

1. Hauptversammlung	156
2. Verwaltungs-/Aufsichtsrat	157
3. Ausnahmemöglichkeiten	159
4. Ergebnis	160
II. Beschlussfassung	161
III. Zusätzliche Zustimmung durch die Hauptversammlung	161
IV. Zeitpunkt	163
V. Ausnahmen	163
VI. Stellungnahme	164
1. Übertragung der Zustimmung auf den Aufsichtsrat	164
2. Unabhängigkeit des Aufsichtsrats	171
3. Zustimmungsermessen	175
4. Zustimmung durch die Hauptversammlung	176
VII. Zusammenfassung	177
E. Rechtsfolgen	177
F. Zusammenfassung	179
4. Kapitel Die Zustimmung zu <i>Related Party Transactions</i> im Lichte des deutschen Aktienrechts	183
A. Überwachung durch den Aufsichtsrat	185
I. Einzelunternehmen	187
1. Gegenstand der Überwachung	187
a. Sachliche Konkretisierung	187
b. Zeitliche Konkretisierung	193
2. Überwachungsmaßstab	194
3. Ergebnis	197
II. Faktischer Konzern	197
1. Aufsichtsrat des Mutterunternehmens im Rahmen des faktischen Konzerns	198
a. Gegenstand der Überwachung	198

b. Überwachungsmaßstab und -intensität	201
2. Aufsichtsrat des Tochterunternehmens im Rahmen des faktischen Konzerns	205
a. Gegenstand der Überwachung	205
b. Überwachungsmaßstab und -intensität	207
3. Ergebnis	208
III. Überwachungsinstrumente	209
1. Reine Überwachungsinstrumente	209
2. Überwachungsinstrumente mit einwirkendem Charakter	210
3. Einwirkungsmöglichkeiten im engeren Sinne	210
IV. Zusammenfassung	212
 B. Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats im deutschen Aktienrecht	213
I. Der Zustimmungsvorbehalt i.S.v. § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG	214
II. Die Tatbestandsmerkmale des § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG	214
1. Geschäftsbegriff	215
2. Geschäfte von grundlegender bzw. existenzieller Bedeutung	218
a. Geschäfte des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs	218
b. Geschäfte von grundlegender bzw. existenzieller Bedeutung	219
c. Zu schützende Interessen	222
d. Ergebnis	223
3. Zusammenfassung	224
III. Bestimmte Arten von Geschäften	224
1. Art der Geschäfte	225
2. Umfang der zustimmungsbedürftigen Geschäfte ...	226
3. Ergebnis	227
IV. Rechtswidrige Geschäfte als zustimmungspflichtige Geschäfte	227

V. Zustimmungsvorbehaltspflicht für alle Geschäfte von grundlegender bzw. existenzieller Bedeutung	229
VI. Zusammenfassung	231
C. Reformerfordernis des deutschen Aktiengesetzes	232
I. Maßnahme der Geschäftsführung	232
II. Maßnahme von grundlegender bzw. existenzieller Bedeutung	233
III. Pflicht eines Zustimmungsvorbehalts	236
IV. Zusammenfassung	236
5. Kapitel Reformansätze für das deutsche Recht des faktischen Konzerns	237
A. Systematische Einordnung der Genehmigung von Related Party Transactions im deutschen Aktienrecht	237
B. Ausgestaltung des Zustimmungsvorbehalts	241
I. Erstreckung auf nicht-börsennotierte Aktiengesellschaften	241
II. Related Party Transaction	242
1. Begriffsbestimmung	242
2. Wesentlichkeit	243
3. Ergebnis	245
III. Zustimmungsvorbehalt	246
1. Zustimmungsberechtigte	246
2. Unabhängigkeit des Aufsichtsrats	248
3. Zustimmung des Aufsichtsrats	251
4. Zustimmung durch die Hauptversammlung	253
5. Ergebnis	256
IV. Zustimmungsermessens	257
1. Zustimmungsermessens	257
2. Ermessensreduktion auf Null	260
3. Ergebnis	261
V. Wirkung von Zustimmungsvorbehalten	262
VI. Zusammenfassung	263

C. Angemessener Schutz der außenstehenden Aktionäre	264
I. Transaktionen „nach oben“	265
II. Transaktionen „nach unten“	267
III. Zusammenfassung	267
D. Der Related Party Transaction-Zustimmungsvorbehalt <i>de lege ferenda</i>	268
6. Kapitel Zusammenfassende Thesen	269
A. Anwendungsbereich	269
B. Bekanntmachung	271
C. Bewertungsgutachten	272
D. Zustimmungsvorbehalt und seine Umsetzung ins deutsche Aktienrecht	273
Nachtrag	277
A. Anwendungsbereich	278
I. Börsennotierung der Gesellschaften	278
II. Aktiengesellschaften	279
III. Nahe stehendes Unternehmen	281
IV. Geschäft	283
1. Rechtsgeschäft/Maßnahme	283
2. Übertragung und Überlassung eines Vermögenswerts	285
3. Unterlassen	286
4. Stellungnahme	286
V. Wesentlichkeit des Geschäfts	287
VI. Aggregation	290
VII. Ausnahmetatbestände	291
1. Marktübliche und im ordentlichen Geschäftsgang getätigte Geschäfte	291
2. Einzelne Typen von Geschäften	295
a. Geschäfte mit Tochterunternehmen	296

i. Geschäfte mit 100%-igen Tochterunternehmen	297
ii. Geschäfte mit Tochterunternehmen ohne Beteiligung nahe stehender Personen	298
iii. Geschäfte mit in der EU börsennotierten Tochterunternehmen	299
b. Geschäfte, die der Zustimmung oder Ermächtigung der Hauptversammlung bedürfen, sowie deren Umsetzung	300
3. Weitere Ausnahmen	303
B. Zustimmungsvorbehalt	303
I. Stimmverbot	304
II. Beschlussfassung	305
III. Ausschuss	307
IV. Zusätzliche Zustimmung der Hauptversammlung	308
V. Zeitpunkt	309
C. Abschließende Stellungnahme	309
Literaturverzeichnis	311